

## 01) Eine Alternative für Deutschland?

Von László Bogár

26. 09. 2021



Bildquelle: 2022plusz

Deutschland wählt. Was steht zur Wahl? Es gibt ein englisches Akronym, das ein weiblicher Spitzname sein könnte: TINA; es steht für There Is No Alternative.

Nun, für Deutschland gibt es auch keine Alternative, also hat der deutsche Wähler die freie Wahl zwischen dem oder demselben, als freier Mensch ist er frei zu tun, was er tun darf. Dies gilt umso mehr, als wir wissen, dass es eine Partei gibt, die ihren Namen sehr professionell gewählt hat, nämlich die AfD, die zumindest dem Namen nach eine Alternative für Deutschland bietet und damit signalisieren will, dass sie in der Lage sind, die grundlegenden Muster des politischen Raums zu verändern.

Aber wie sich in ihrem Fall herausstellte, ist die AfD eine unter Quarantäne gestellte, stigmatisierte Partei, die ungeachtet ihrer Leistungen nicht regierungsfähig ist. Andererseits ist ihr eher eklektisches, inkohärentes Programm ebenso wenig eine Alternative für Deutschland wie das der vorzeigbaren Parteien.

Es scheint auch sicher zu sein, dass es nicht nur keine Partei gibt, die eine absolute Mehrheit erringen kann, sondern dass es mit ziemlicher Sicherheit kein Ergebnis geben wird, bei dem eine Koalition aus zwei Parteien eine Mehrheit bilden kann, und dass mindestens drei, wahrscheinlich sogar vier Parteien erforderlich sein werden, um eine Regierung zu bilden. Die großen Parteien der Rechten (CDU-CSU) und der Linken (SPD) befinden sich beide auf einem historischen Tiefstand, was vor allem daran liegt, dass sie im

trendigen multikulturellen Sumpf versinken, wobei die Grünen und Die Linke als Verursacher des multikulturellen Chaos dargestellt werden. Alles zeigt Auflösungserscheinungen, ohne Chance und Hoffnung. Demografisch gesehen ist Deutschland im Grunde tot; es kann und will seinen Untergang nicht ändern.

Wie ist Europas führende Macht so weit gekommen? Das Germanentum war die tragende Säule des Deutsch-Römischen Reiches, der dominierenden Macht in Europa und des frühen Christentums. Aber für die „nicht existierende“ Kraft, die den modernen Westen konstruierte, war das wichtigste Hindernis eben dieses Konstrukt, das seine Sakralität beibehielt.

Nach langen Vorbereitungen, deren unmittelbarer Vorläufer die Reformation war, die tragischerweise entgegen ihren ursprünglichen Zielen das Deutsch-Römische Reich geistig zerlegte, löste sie den Dreißigjährigen Krieg aus, den verheerendsten Krieg in der Geschichte Europas. Hier wird die sakrale historische deutsche Nation zerstört. Es folgen zwei Jahrhunderte der „Bestrafung“, in denen die Niederländer, die Franzosen und dann die Briten für jeweils ein Jahrhundert zum Weltreich werden, während es für Deutschland ein Tabu bleibt.

Nach zwei Jahrhunderten als streng kontrollierter Nationalstaat wird das zweite deutsche Kaiserreich „zugelassen“, wird zur dynamischsten und mächtigsten Industriemacht der Welt, übertrifft sogar das britische Empire, zerstört in einem Blitzkrieg das französische Machtgefüge und glaubt, dass nun endlich der Moment gekommen ist, für hundert Jahre ein Weltreich zu werden, aber wie sich herausstellt, ist dies ein fataler Irrtum, denn der neue Kandidat, die Vereinigten Staaten von Amerika, ist bereits gefunden.

Das hat seine Logik, denn die USA hat einen viel größeren Raum und mehr Ressourcen als Europa und ist geopolitisch konkurrenzlos, ist perfekt zu verteidigen. Und weil das Zweite Deutsche Reich keine schönen Worte kennt, wird es in der ersten Phase eines weiteren 30-jährigen Krieges, des Ersten Weltkrieges, brutal zerschlagen. Es wird so rücksichtslos finanziell ausgeplündert und geistig gedemütigt, dass es einen Aufstand provoziert, der in Form des Dritten Reiches kommt.

Die „nicht existierende“ Weltmacht baut es auf, finanziert es, treibt es gegen die Sowjets, in der Hoffnung, dass der Krieg ihr gigantische Gewinne einbringt und beide Seiten ausreichend geschwächt werden, um „eingedämmt“ zu sein. Doch das Spiel nimmt eine brutalere Wendung als je zuvor: Hitler wendet sich gegen seine Marionettengegner, was zur Zerstörung des Dritten Reiches in der zweiten Phase des Dreißigjährigen Krieges führt.

Dies ermöglicht es den Herrschern der Welt, ein unwiderstehliches Angebot zur Schaffung eines „Vierten Deutschen Reiches“ zu machen. Sie können sich weiter bereichern, aber es gibt keine Vergangenheit, keine Geschichte, keine Kultur, sondern ein multikulturelles Gesöff, das in drei Generationen fast alles verzehren wird. Aber in den 1970er und 1980er Jahren hofft die neue Generation, dass die Bestrafung vorbei ist, weil sie im Rentenalter ist und vielleicht noch am Krieg teilgenommen hat.

Aber „gemachter“ Bürgerkrieg ist die bissige Antwort der Roten Armee Fraktion. Seitdem ist das gefügige Fünfte Reich entstanden, in dem nach der Auflösung der Sowjetunion die Wiedervereinigung Deutschlands möglich ist. Aber das ist nur Augenwischerei, denn das Fünfte Reich befindet sich bereits in der Endphase der Liquidation. EU-Angela ist keine gute Nachricht für die EU und Deutschland, sondern eine Abwicklungskommissarin während ihrer langen Amtszeit. Es stimmt, Merkel ist gezwungen, all das zu tun, weil sie es muss.

Ihre schwerste historische Sünde besteht darin, dass sie im Drama der Massenmigration nicht einmal die Frage aufwirft, ob man nicht statt zu importieren eine neue Generation in Deutschland „selbst produzieren“ könnte.

Bei dieser Wahl geht es einzig und allein darum, wer der gehorsamste Vertreter sein wird, um diese letzte (Konkurs-)Abwicklung zu vollziehen. Die zersplitterte politische Klasse und die noch zersplittertere Wählerschaft verstehen nicht einmal, geschweige denn, dass es sie interessiert, was mit ihr geschieht. Deutschland ist demographisch, geistig, moralisch und intellektuell am Ende.



Der Autor, László Bogár, ist Wirtschaftswissenschaftler.

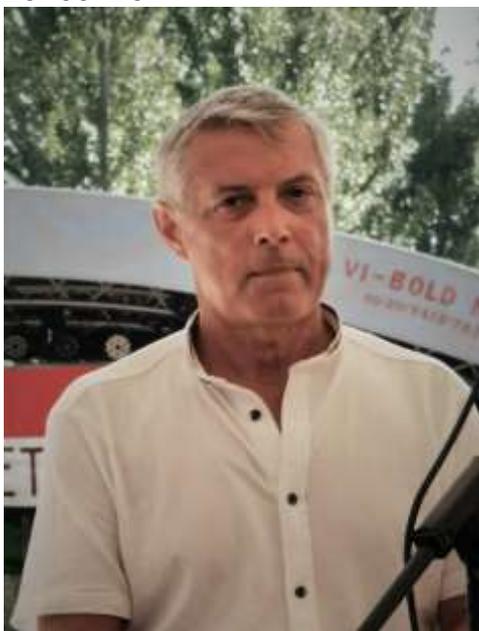
## MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **02) Ungarischer Geheimdienst: Migranten bereiten Bürgerkrieg in Deutschland vor (Update)**

25. 09. 2021



László Földi - Foto: Wikimedia CC 4.0

Während deutsche Politiker und Medien keine Gelegenheit auslassen, uns weiterhin die neue bunte Welt von Multikulti schmackhaft zu machen, warnt der ehemalige ungarische Geheimdienstchef Laszlo Földi im staatlichen ungarischen Fernsehen vor Zehntausenden Migranten, die – finanziert mit Ölgeld – einen Bürgerkrieg in Deutschland vorbereiten. Sie werden aus den sogenannten “NO-GO-Areas“ heraus losschlagen und ihr Kampfgebiet sukzessive erweitern. Gleichzeitig werden islamische Parteien gegründet, die dann auch politisch die Macht in Deutschland übernehmen.

Quelle: [Bitchute](#)

### **Hier die wortgetreue deutsche Übersetzung des Videos:**

Willkommen im Studio, Geheimdienstexperte László Földi. Guten Morgen. Gibt es jemanden in der Europäischen Union oder in Europa, der mir sagen kann, wie viele Einwanderer es auf dem Kontinent gibt, auf plus oder minus 200.000 gerundet?

Mein größeres Problem ist, ob sie mir sagen können, wer diese 1 Million Menschen sind. Mit anderen Worten: Die Situation ist in dieser Hinsicht absolut katastrophal. Und hier ist der Grund dafür. Wir haben oft gesagt, dass das Prinzip der offenen Grenzen, als unzählige Menschen ankamen – und wir können kurz zurückgehen – dass es vor anderthalb Jahren wirklich ein Tabuthema war, ob Terroristen oder Attentäter hätten kommen können. Sogar die öffentliche Meinung stand dem etwas skeptisch gegenüber, was nun eine Tatsache ist. Ich erinnere mich noch gut daran, wie einer der Fernsehmoderatoren es als Unsinn bezeichnete, dass die Terroristen mit Booten kommen und dabei ihr Leben riskieren, während sie auch mit dem Flugzeug kommen könnten... Das ist nicht das Problem. Sie könnten tatsächlich kommen. Das Problem ist, dass Tausende von muslimischen Soldaten eingetroffen sind. Es handelt sich also nicht um Terrorismus im klassischen Sinne des Wortes, sondern um eine Invasion, einen Angriff, bei dem zwei Ziele im Vordergrund stehen. Zum einen, um möglichst viele ausgebildete Menschen nach Europa zu schicken. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen der zweiten und dritten Generation, die in „No-go-Zonen“ leben, wollen sich nicht integrieren. Sie sind potenzielle Mitglieder einer Armee.

Flüchtlinge, nennen wir sie jetzt Flüchtlinge, sind nach der Genfer Konvention von 1951 einer begründeten Verfolgung ausgesetzt, weil sie einer sozialen Gruppe aufgrund ihrer Rasse, Religion, ethnischen Zugehörigkeit, politischen Meinung usw. angehören. Dieser Flüchtling. Warum gehen diese Flüchtlinge nicht in die reichen Ölstaaten, wenn diese doch gleich nebenan liegen?

Es ist nicht nur der Teil der Strategie, der auf der Tagesordnung steht, nämlich dass Terroristen oder Attentäter nach Europa kommen, sondern auch eine andere Form der Besetzung Europas, eine friedliche Form. Die reichen Erdölländer lassen sie nicht ins Land, nicht nur, weil sie wissen, dass ein großer Teil von ihnen tatsächlich arbeitsunfähig ist, um es einmal so salopp auszudrücken, sondern auch, weil ihr Geld und sie selbst, wenn das Erdöl ausgeht, eine Massenbasis brauchen, um Parteien zu gründen. Diese Menschen werden für die islamischen Parteien stimmen, die in Europa entstehen und in die Parlamente einziehen werden, wodurch eine kritische Masse erreicht wird. Dazu passt die Möglichkeit, dass Europa seine potenziellen Wähler tatsächlich einlädt, denn niemand in den traditionellen europäischen Parteien von heute glaubt, dass die Menschen, die hierher kommen, in dem Moment, in dem diese Parteien gegründet werden – und es wird Geld dafür geben, denn die reichen Ölstaaten werden sie finanzieren -, eine andere Partei als den Islam wählen werden.

Das Motto der Europäischen Union lautet: Einheit in der Vielfalt Einheit in der Vielfalt. Diese Vielfalt, diese besondere „Vielfalt“, hat in den Köpfen der Gründungsväter, der Schumanns, wahrscheinlich nicht ganz das bedeutet, was heute in Europa passiert.

Dies gilt umso mehr, als sich die Struktur Europas meiner Meinung nach ethnisch verändern wird. Vielfalt bedeutete ungarisch und französisch, deutsch und russisch, aber nicht, dass in Europa auf religiöser Basis eine Welt praktisch nach der Scharia entstehen sollte. Das kann niemand ernst gemeint haben. Wenn aber die Situation so bleibt, wie sie ist, und Europa weiterhin einen inneren Krieg führt – denn das ist es, was wir sehen -, dann wird diese Scharia leider dazu führen, dass wir in anderthalb Jahren – ich will mich nicht irren – darüber reden, wie viele Bürgerkriegsherde in Europa entstanden sind. Denn das Problem mit den No-Go-Zonen ist nicht, dass man dort tagsüber oder sogar nachts nicht hingehen darf, sondern dass die jungen Leute, die ausgebildet, vorbereitet und bewaffnet sind – nennen wir sie muslimische Soldaten -, die No-Go-Zonen verlassen und in Richtungen gehen, in denen sie sich bisher nicht sonderlich angestrengt haben, und es wird zu Zusammenstößen kommen, weil die Menschen gezwungen sein werden, sich zu verteidigen, weil die Behörden nicht in der Lage sind, den Prozess nach der derzeitigen Logik zu steuern.

Was sind die möglichen Folgen der jüngsten Äußerungen des türkischen Botschafters bei der Europäischen Union, wonach das Abkommen zwischen der EU und der Türkei als gescheitert gilt, wenn die Türkei in diesem Monat und im Oktober nicht für 90 Tage von der Visumpflicht für Familienbesuche oder Tourismus befreit wird? Sie können getrost aufgeben.

Die Türken drohen sofort mit der Ausreise einer großen Zahl von Menschen und machen ihr Versprechen wahr. Wir sollten der Türkei auch damit drohen, dass wir sie aus der NATO werfen werden. Das Dilemma besteht darin, dass die Türkei nicht durch eine Vereinbarung zur Verteidigung Europas oder als NATO-Verbündeter, wenn Sie so wollen, gebunden ist. Aber nach dem NATO-Statut, weil es ein NATO-Mitglied ist!

Seine Armee ist wahrscheinlich sogar die zweitstärkste.

Das stimmt, sie machen zehn Prozent der Gesamtmenge aus, die USA 75, und die restlichen 15 Prozent sind alle anderen NATO-Länder, wie wir wissen. Ich möchte jedoch hinzufügen, dass wir wissen sollten, dass mehr als 51 Prozent von diesen 15 Prozent finanziert werden, während die europäischen NATO-Länder und Amerika und die Türken die restlichen 49 Prozent finanzieren. Auch hier ist es eine interessante Situation, in der die 15 Prozent ihre Rechte nicht wirklich durchsetzen können, zum Beispiel bei der Verteidigung Europas.

Was kann die Europäische Union in Bezug auf die Türkei tun? Hält sie die demokratischen Grundsätze ein oder beugt sie sich dem türkischen Druck? Denn sie befinden sich in einer hervorragenden Erpressungsposition.

Europa hat kein Gegengewicht zur Türkei. Der schwache Versuch, den Merkel hier unternommen hat, war also ein letzter Versuch. In diesem Sinne kann sie nicht verurteilt werden. Sie versuchte, sich damit zu verteidigen, aber das hat das Selbstwertgefühl der Türken sozusagen nur noch mehr gestärkt. Ich wiederhole, wenn den Türken mit dem Ausschluss aus der NATO gedroht würde, würde ihre Rolle in der Weltpolitik in diesem Moment verschwinden. Das tun wir im Moment nicht.

László Földi, ich danke Ihnen vielmals.

## Ungarisches Original:

Köszöntöm a stúdióban Földi László titkosszolgálati szakértőt. Jó reggelt kívánok!. Van valaki vajon az Európai Unióban vagy Európában aki meg tudná mondani saccolni plusz mínusz 200 ezerre, hogy mennyi bevándorló van a kontinensen?

Nekem nagyobb problémám az, hogy meg tudják-e mondani, hogy 1 millió ember kicsoda? Azaz teljesen katasztrófális a helyzet ilyen szempontból. És ennek az oka. Sokszor elmondtuk, hogy a nyitott határok elve, amikor számolatlanul érkeztek emberek – és egy percre visszautalhatunk arra -, hogy egy-másfél évvel ezelőtt tényleg tabutémának számított, hogy esetleg terroristák vagy merénylők érkezhettek-e? Még a közvélemény is kicsit szkeptikus volt ebben a témában, ami ma már tényszerű. Én jól emlékszem, amikor az egyik televízió műsorvezetője butaságnak nevezte, hogy a terroristák a csónakokon jönnek, lélekvesztőn, kockáztatva az életüket, miközben jöhetnének repülőgépen is.. A probléma nem is ez. Valóban jöhetnének. A probléma az, hogy muszlim katonák ezrei érkeztek. Tehát nem terrorizmusról beszélünk a szónak klasszikus értelmében, hanem egy olyan invázióról, egy olyan támadásról amelyben két cél jelenik meg. Egyrészt minél több kiképzett embert beküldeni Európába Ezek nagy részének az a feladata, hogy az itt élőket beszervezzék. A „nem létező no go zónákban” élő másod- harmadgenerációs fiatalok több mint fele nem akar integrálódni. Ők egy potenciális hadsereg tagjai lehetnek.

Azok a menekültek, nevezzük most menekültnek, az 1951 es genfi konvenció alapján faji, vallási, etnikai meggyőződésű társadalmi csoporthoz tartozása, politikai vélemény megvallása miatt alaposan indokolható üldöztetésnek van kitéve. Ez a menekült. Ezek a menekültek miért nem a gazdag olajállamokba mennek, amikor ott vannak a szomszédban?

A stratégiának nem csak az a része jelenik meg, hogy terroristák vagy merénylők érkezzenek Európába, hanem Európa elfoglalásának egy másik formája, egy békés formája is napirenden van. Ez pedig az, hogy a gazdag olajországok nemcsak azért nem engedik be őket, mert tudják, hogy tulajdonképpen nagy részük munkára alkalmatlan hogy ilyen csúnyán fogalmazzak, hanem mert az Európába telepített pénzüknek és önmaguknak, is egy idő után, miután az olaj elfogy, szükségük lesz tömegbázisra hogy pártokat hozzanak létre. Ezek az emberek az iszlám pártokra fognak szavazni, amelyek létrejönnek Európában és amelyek a parlament tagjai lesznek, egy kritikus tömeget elérve. Ehhez nagyon jól jön az a lehetőség, hogy tulajdonképpen Európa behívja az ő potenciális szavazóikat, mert ne higgye senki a ma tradicionális európai pártok közül, hogy az ide érkezők abban a pillanatban, ahogy ezek a pártok megalakulnak – márpedig pénz lesz hozzá, hiszen a gazdag olajországok finanszírozni fogják – azok bármilyen más pártra szavaznak, mintsem az iszlámra.

Az Európai Unió mottója az hogy egység a sokszínűségben Unity in diversity. Ez a sokszínűség, ez a bizonyos „diversity” valószínű hogy az alapító atyák, Schumanék fejében nem egészen ezt jelentette, ami most zajlik Európában.

Annál inkább nem ezt jelentette – véleményem szerint – mert ugye át fog alakulni Európa struktúrája etnikailag. A sokszínűség azt jelentette, hogy magyar és francia, német és orosz, de nem jelentette azt, hogy vallási alapon gyakorlatilag a saría törvényeit követendő világ következik Európában. Ezt senki nem gondolhatta komolyan. Amennyiben viszont a helyzet marad az, ami és Európa beháborút folytat – mert ugye ezt látjuk – akkor ez a saría el fogja érni azt sajnálatos módon, hogy másfél év múlva – ne legyen igazam -, arról fogunk beszélgetni, hogy hány polgárháborús gócpont alakult ki Európában. Mert a no go zónáknak nem az a problémája, hogy nem szabad bemenni oda napközben vagy pláne éjszaka, hanem hogy az ott kiképzett, felkészített, fegyverrel felszerelt fiatalok, – hívjuk így: muszlim

katonák – kilépnek a no go zónákból és olyan irányokba indulnak el, ahol eddig nem nagyon törekedtek és ott összecsapások lesznek hiszen az emberek önvédelemre kényszerülnek, mert a hatóság nem fogja tudni kezelni a jelenlegi logika szerint a folyamatot.

Milyen következménye lehet annak, amit Törökország Európai Unió mellé akkreditált nagykövete mondott a napokban, hogy ha ebben a hónapban és októberben Törökország nem kapja meg az uniótól a vízummentességet a 90 napra szóló családlátogatási vagy turista céllal, akkor az Unió és Törökország közötti egyezményt halottnak vélik. Nyugodtan fölmondják.

Rögtön emberek tömege indul el, a törökök ezzel fenyegetőznek és be is váltják ezt az ígéretet. Nekünk is fenyegetőzni kellene Törökország irányába hogy akkor kirakjuk a NATO ból. Itt az a dilemma jelenik meg, hogy Törökország nem alku alapján köteles Európát védeni vagy mint NATO szövetségesét, ha így jobban tetszik. Hanem a NATO alapokmánya értelmében, hiszen NATO tag!

Sőt az ő hadserege talán a második legerősebb.

Így van, tíz százalékban képviseli az összeshez képest, az amerikai 75, a 15 százalék maradékot az összes többi NATO ország, mint tudjuk. Bár hozzá szeretném tenni hogy a finanszírozás szempontjából tudnunk kell hogy több mint 51 százalékát ez a 15 százalék finanszírozza, az európai NATO országok és Amerika és a törökök a maradék 49-et. Ez megint egy érdekes helyzet, miközben a 15 százalék nem tudja a jogait tulajdonképpen érvényesíteni, például Európa védelmében.

Mit tehet az Európai Unió Törökországgal szemben? Föladja a demokratikuselveket vagy enged a török nyomásnak? Mert kiváló zsarolási pozícióban vannak.

Európának nincs ellenszere Törökországgal szemben. Tehát itt az a gyenge kísérlet amit Merkel megpróbált, az egy utolsó próbálkozás volt. Ilyen értelemben nem is lehet őt elítélni. Megpróbált védekezni ezzel, de ez csak elmélyítette a törökök önbecsülését, hogy így fogalmazzak Egy módon lehetne megállítani ezt a teljesen abnormális és elképzelhetetlen helyzetet. Még egyszer mondom, ha a törököket azzal fenyegetnénk, hogy a NATO- ból kirakják és abban a pillanatban világpolitikai szerepük eltűnne. Jelen pillanatban ezt nem tesszük meg.

Földi László, köszönöm szépen.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### 03) Ungarischer Geheimdienst: Migranten bereiten Bürgerkrieg in Deutschland vor

20. 09. 2021



László Földi · Foto: Wikimedia CC 4.0

Während deutsche Politiker und Medien keine Gelegenheit auslassen, uns weiterhin die neue bunte Welt von Multikulti schmackhaft zu machen, warnt der ehemalige ungarische Geheimdienstchef Laszlo Földi im staatlichen ungarischen Fernsehen vor Zehntausenden Migranten, die – finanziert mit Ölgeld – einen Bürgerkrieg in Deutschland vorbereiten. Sie werden aus den sogenannten “NO-GO-Areas“ heraus losschlagen und ihr Kampfgebiet sukzessive erweitern. Gleichzeitig werden islamische Parteien gegründet, die dann auch politisch die Macht in Deutschland übernehmen.

<https://unser-mittleuropa.com/ungarischer-geheimdienst-migranten-bereiten-buergerkrieg-in-deutschland-vor/>

Quelle: [Bitchute](#)

Hier noch einige Stimmen aus Deutschland, die uns die Grundeinstellung dieser hochrangigen muslimischen Persönlichkeiten zur Demokratie und zum Herrschaftsanspruch des Islam erklären. Diese Leute üben gewiss einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Gläubigen ihrer Religion aus:



## Ibrahim El-Zayat

Präsident der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland

Quelle: Artikel im islamischen Jugendmagazin „TNT“, 1/1996

**„Deutschland ist unser Land, und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen und es der islamischen Umma zur Verfügung stellen.“**



## Nadeem Elyas

1995-2006 Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland

Quelle: 2.6.2000 beim Deutschen Katholikentag in Hamburg

**„Der säkulare Rechtsstaat gilt solange, wie Muslime in der Minderheit sind.“**





**„Die Glaubensgrundsätze des Islam und die Scharia zeigen den quasi-totalen Anspruch der Religion auf Mensch und Gesellschaft. Die Demokratie ist dem Islam fremd.“**



Und hier eine Wortspende aus Bosnien, dem europäischen Land, wo der Islam am weitesten fortgeschritten ist. Nicht zu unterschätzen ist ebenfalls, dass auch seine Landsleute ihre religiöse Weltanschauung zu uns mitbringen, nachdem sie ihre Heimat verließen um hier ein besseres Leben zu führen:



**„Die islamische Verpflichtung auf die Scharia ist immerwährend, nicht verhandelbar und unbefristet.“**



---

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

#### 04) Berlin: „Marsch für das Leben“

19. 09. 2021



Bildquelle: PP

#### **Bei Rot-Rot-Grün droht die Abtreibung bis zum Zeitpunkt der Geburt**

Am Samstag, 18.9. fand in Berlin der »Marsch für das Leben« statt, einer Stadt, in der inzwischen [jedes vierte Kind](#) abgetrieben wird. Die »Christdemokraten« haben das Recht auf Leben komplett aus ihrem Wahlprogramm gestrichen, rot-rot-grün fordert das Recht auf Abtreibung bis zum Zeitpunkt der Geburt.

Von Richard Abelson

»Schwangerschaftsabbrüche müssen straffrei sein. Immer. Und ja, sie müssen auch im dritten Trimester noch möglich sein«, so die Grünen-Politikerin Laura Sophie Dornheim am 23. Februar auf Twitter. Das heißt das »Recht« bis zur 40. Schwangerschaftswoche und darüber hinaus voll ausgewachsene Babys töten zu dürfen.

Bei der Spätabtreibung sind die Föten zu groß für eine Absaugung oder chemische Abtreibung. Der lebende Fötus wird teils mit der Zunge an den Beinen aus der Gebärmutter gezogen, der Schädel zerquetscht und das Gehirn mit einer Kanüle abgesaugt. Alternativ wird das Kind mit einer Spritze vergiftet und eine Totgeburt oder Kaiserschnitt vorgenommen. Teils müssen die Arme und Beine der Föten seziiert werden. Die Prozedur dauert üblicherweise bis zu drei Tage.

Dr. Anthony Levatino unternahm 1200 Abtreibungen, ehe er zum Lebensrechts-Aktivisten wurde. Hier schildert er die grausame Prozedur der Spätabtreibung auf Englisch (ACHTUNG! Nicht für Kinder geeignet):

[https://www.youtube.com/watch?v=jgw4X7Dw\\_3k](https://www.youtube.com/watch?v=jgw4X7Dw_3k)

Die Justizministerin der ersten rot-grünen Bundesregierung, Herta Däubler-Gmelin (SPD), nannte Spätabtreibungen im März 1999 »grauenvoll«. Man müsse sie »unterbinden, schlichtweg unterbinden, wenn die Gesundheit der Mutter nicht gefährdet ist«. »Selbst hartgesottene Geister packt das Entsetzen«, schrieb Stephan Rehder über Spätabtreibungen in der *Tagespost* am 8. Mai 1999.

In Deutschland gilt (noch) die [12-Wochen-Fristenregelung](#), in Fällen von Vergewaltigung oder der »Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes« der Mutter auch die 22-Wochen-Frist oder länger.

Diese Fristenlösung wollen Linke, Grüne und SPD nun abschaffen. Wenn es nach der Linken geht, soll es ein »[Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft](#)« geben. »Das heißt nicht, dass Schwangerschaftsabbrüche und deren Nachsorge überhaupt nicht mehr gesetzlich geregelt werden sollen. Sie sollen aber als das geregelt werden, was sie sind: ein medizinischer Eingriff, der zur gesundheitlichen Versorgung gehört«, so Cornelia Möhring, frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

Auch die Grünen fordern [in ihrem Wahlprogramm](#) eine »Entstigmatisierung und Entkriminalisierung von selbstbestimmten Abbrüchen sowie eine generelle Kostenübernahme« durch den Staat: »Alle Menschen, auch Mädchen und Frauen, sollen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können.«

[Die SPD](#) schlägt in die gleiche Kerbe und stellt »in Hinblick auf die Paragraphen 218 ff. fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.«

Die Linke, die Linksjugend, die SPD, die Jusos, Bündnis90/Die Grünen LAG Frauen und Gender, die Heinrich Böll Stiftung und die Grüne Jugend unterstützen den Aufruf »[Weg mit 218](#)«, die die Tötung von Babys bis zur Entbindung legalisieren will.

Im [Wahlprogramm von CSU/CDU](#) ist zwar von einer vom »christlichen Menschenbild geleitete Politik« die Rede, Schwangerschaft, Abtreibung und Recht auf Leben werden jedoch gar nicht erwähnt.

Einzig die AfD fordert eine »Willkommenskultur für Kinder«. »Die Entscheidung über eine Abtreibung muss natürlich bei der Mutter bzw. bei den Eltern liegen, dennoch lehnen wir alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären,« heißt es im [Wahlprogramm](#).

»Die Grenzen des Machbaren haben sich da in den letzten Jahrzehnten stark verschoben«, warnt der Kölner Kardinal Woelki im [Grußwort zum Marsch für das Leben](#). »Die Grenzen des Machbaren und die Grenzen des Ethischen sind aber nicht immer deckungsgleich. Am Ende darf der Wunsch nach Leben eben nicht dem Tod dienen.«

»Jedes Kind ist ein Geschenk Gottes!« schreiben die Bundessprecher der Christen in der AfD Joachim Kuhs und Ulrich Oehme in ihrem [Grußwort zum Marsch für das Leben](#):

»Gemeinsam verteidigen wir die Würde und die Heiligkeit menschlichen Lebens. Wenn wir ein ungeborenes Kind sehen, seine Hände, Füße, sein Gesicht, erahnen wir Gottes Größe und Erhabenheit. Wenn wir ein neugeborenes Kind in unseren Händen halten, können wir die Liebe Gottes ansatzweise erahnen. Wenn wir Kinder aufwachsen sehen, werden wir wieder ein Stück weit wie Kinder und dürfen uns an den kleinen Dingen des Lebens freuen.«

Der Film »[Unplanned](#)« erzählt die wahre Geschichte von Abby Johnson, die acht Jahre Leiterin einer Abtreibungsklinik war und dann aber zur überzeugten Abtreibungsgegnerin wurde. Als Studentin engagierte sich Abby ehrenamtlich bei *Planned Parenthood*, wurde sogar »Mitarbeiterin des Jahres«. Doch ihr Leben änderte sich, als Abby zum ersten Mal bei einer Abtreibung assistieren musste.

<https://www.youtube.com/watch?v=zysgAlJrbY>



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PHILOSOPHIA PERNENNIS](#), unserem Partner in der EIROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION,

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **05) Ursula Stenzel: Merkel – die Bilanz**

17. 09. 2021



Ursula Stenzel

(Foto: Franz Johann Morgenbesser / Wikimedia CC 2.0)

Von URSULA STENZEL | Zehn Tage vor der deutschen Bundestagswahl steht nur eines fest: Nix ist fix. Seit Wochen schreiben die deutschen Medien den Spitzenkandidaten der Unionsparteien, Armin Laschet, nieder und die Meinungsumfragen prognostizieren ihm einen Absturz, während sie Olaf Scholz von der SPD im Aufwind sehen und der angeschlagenen Annalena Baerbock immer noch ein respektables Ergebnis voraussagen, auch wenn sie im Rennen um die Kanzlerschaft eigentlich keine Rolle mehr spielt, eigentlich nie wirklich eine Rolle gespielt hat und aus einem Triell in der Schlussrunde nun doch ein Duell wird. Aber Grün ist in und Frau ist in. Das hält sie am medialen Leben.

### **Schwieriges Erbe**

Zugegeben der Start von Armin Laschet war holprig und sein medial genüsslich zelebriertes und hochstilisiertes Lachen bei der Hochwasserkatastrophe hat ihm nicht genützt. Aber wollen die Deutschen wirklich eine GROKO, eine große Koalition unter umgekehrten Vorzeichen, wollen sie wirklich einen Linksruck womöglich in einer Dreierkoalition SPD, Linke und Grüne? Ich wage dies zu bezweifeln. Aber lassen wir die Unwägbarkeiten dieser Wahl einmal beiseite. Fest steht, dass Angela Merkel nach 16 Jahren Kanzlerschaft der CDU/CSU ein schwieriges Erbe hinterlassen hat. In ihre Kanzlerschaft fielen die Finanzkrise, die Migrationskrise und zum Schluss die Corona-Krise.

### **Deutschlands starke Position heruntergespielt**

Die Finanzkrise hat sie, vor allem solange Wolfgang Schäuble ihr Finanzminister war, so halbwegs bestanden. Sie bestand nämlich damals noch auf der Beibehaltung der Maastricht-Kriterien, also der Einbremsung der Gesamt- und der Neuverschuldung. Dass sie damals vor allem in den griechischen Medien als „hässliche Deutsche“ mit Hitlerbärtchen auf die Titelseiten kam, machte ihr schwer zu schaffen. Wie man überhaupt beobachten kann, dass sie die Rolle der dominanten Deutschen, die den anderen EU Mitgliedern schon rein aufgrund ihrer Größe und wirtschaftlichen Potenz wegen den Willen aufzwingen kann, tunlichst vermied. So verzichtete sie darauf, einen Deutschen zum Chef der EZB, der europäischen Zentralbank zu machen. Nach einem Italiener wurde es eine Französin, sie schaute so billig wie möglich in Fragen der Verteidigungsausgaben wegzukommen, dass sie ausgerechnet Annegret Kramp-Karenbauer zur Verteidigungsministerin machte und stattdessen Ursula von der Leyen mit dem Posten einer Kommissionspräsidentin absicherte, fällt in dieses Kapitel.

### **Frustration in der eigenen Wählerschaft**

Die Personalie von der Leyen war allerdings nicht nur ein Abschieben, sie war auch der Garant dafür, dass ihr während ihrer Kanzlerschaft die Politik in der EU nicht entglitt. Merkel war, wenn man so will, eine Balancekünstlerin. Markenzeichen: Unaufgeregtheit. Sie vermied starke Ansagen, sie vermied es in Bundesländerrechte einzugreifen. Das tat sie nur einmal, als in Thüringen die AfD fast in eine Koalitionsregierung mit der CDU kam, da mischte sie sich ein und erzwang Neuwahlen. Dabei war sie es, die den wertkonservativen Kern der CDU aushöhlte und die CDU nach links verschob. Dies schwächte den Koalitionspartner SPD, ließ aber viel Raum für Frustration in der eigenen Wählerschaft und machte erst Platz für eine Partei rechts von der Mitte, die AfD. Dass rechts von ihr kein Platz sein sollte, dieser Leitspruch von dem einstigen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, lag ihr fern.

### **Vorwurf: Wirtschaftsfeindliches Verhalten**

Mit Donald Trump konnte sie nicht viel anfangen, der war ihr zu populistisch und zu USA zentriert, aber auch unter Biden hielt sie an North-Stream 2 fest, der Erdgaspipeline unter der Ostsee für russisches Erdgas, zum Missfallen der USA ebenso wie zur Sorge der Ukraine. Dass sie, die als Kind in einem Pastorenhaushalt in der ehemaligen DDR aufwuchs und besser Russisch als Englisch spricht, sorgte auch während ihrer Amtszeit für Misstrauen. Mit der von ihr betriebenen Energiewende hat sie ebenfalls Kritik heraufbeschworen. Denn sie machte sie erstens Anlass bezogen, nach dem Atomunfall von Fukushima, und zweitens gleichzeitig: sowohl den Kohle, als auch den Atomausstieg. Der Chef der deutschen Industriellenvereinigung warf ihr deshalb auch wirtschaftsfeindliches Verhalten vor.

### **Viele offene Fragen**

Ihre umstrittenste Politik war aber die Migrationspolitik. Mit ihrem zufälligen oder sogar bewussten Ausspruch „Wir schaffen das“ hat sie die Migrationswelle erst richtig ausgelöst, mit all ihren Folgen für den sozialen Zusammenhalt und den damit verbundenen kulturellen Sprengstoff. Nach allem, was man von Armin Laschet gehört hat, könnte er für eine Neuauflage der Merkelschen Politik stehen, vielleicht wollen die deutschen Wähler trotz aller Negativprognosen für Laschet genau das. Der Rest wird zur AfD flüchten oder erst gar nicht wählen. Viele offene Fragen also und keine günstige Ausgangslage für den Nachfolger Angela Merkels.

### **Zur Autorin:**

Ursula Stenzel war von 1972 bis 1995 ORF Auslandsredakteurin, vielen Zuschauern der Zeit im Bild als Moderatorin bekannt, von 1996 bis 2005 Abgeordnete zum Europaparlament und Leiterin der ÖVP Delegation, von 2005 bis 2015 Bezirksvorsteherin des ersten Bezirks in Wien, von 2015 bis 2020 Stadträtin für die FPÖ im Wiener Rathaus. Da sie nun unabhängig und parteiungebunden schreiben will, ist sie aus der Freiheitlichen Partei ausgetreten, der sie aber nach wie vor nahe steht. Stenzel schreibt regelmäßig auf ihren Blog [ursula-stenzel.at](https://www.ursula-stenzel.at).

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**06) Antirassismus-Wahn: Nun werden sogar weltberühmte Kunstwerke umbenannt**

16. 09. 2021



Auch das Kunstwerk „Mohr mit Smaragden“ wurde nun umbenannt

DRESDEN – Rassistisch und diskriminierend – das sind laut den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) viele Titel von Gemälden und Skulpturen. Deshalb haben sie bisher 143 Werke umbenannt und ernten dafür Zustimmung, aber auch Kritik, berichtet *mdr.de*.

Dass Begriffe wie „Mohr“ und „Zigeuner“ von den Kunstwerken getilgt werden müssen, versteht sich in dieser moralisierenden Gesellschaft von selbst, jedoch wurden auch Titel korrigiert, bei den es viele Leute für nicht nötig gehalten hätten. So wird zum Beispiel aus „Hund, Zwerg und Knabe“ – „Hund, kleinwüchsiger Mann und Junge“.

**Diskriminierend?**

Marion Ackermann, die Generaldirektorin der Sammlungen verteidigt das Vorgehen bei MDR AKTUELL. In bestimmten Zusammenhängen wirkten die Titel diskriminierend oder müssten erläutert werden. Das sei „übliche Museumsarbeit“. Hier eine kleine Auswahl der Entdiskriminierung:

**URSPRÜNGLICHER TITEL**

Hund, Zwerg und Knabe  
Landschaft mit mohammedanischen Pilgern  
Zigeunermadonna  
Baumhütte eines Eingeborenen  
Portrait eines dunkelhäutigen Sklaven  
Afrikanischer Krieger, den Bogen schwingend  
Indische Eingeborene mit Haustieren  
Eingeborener mit Maske  
Die Zigeunerin

**NEUER TITEL**

Hund, kleinwüchsiger Mann und Junge  
Landschaft mit betenden Muslimen  
Madonna mit stehendem Kind  
Baumhütte  
Portrait eines Sklaven  
Ein Krieger, den Bogen schwingend  
Menschen mit Haustieren  
Mann mit Maske  
Frau mit Kopftuch

Was an „Afrikanern“ oder „Indern“ diskriminierend sein soll, ist für Leute, die noch geradeausdenken können mit Sicherheit nicht nachvollziehbar. Das ist nur so zu erklären, dass die Tugendwächter sich unbewusst einer Herrenrasse zugehörig fühlen, was sie durch solche Aktionen abschütteln wollen. Oder sie unterstellen, dass sich andere Ethnien eigentlich minderwertig vorkommen müssten und das wolle man sie nicht spüren lassen. Oder es waltet nur mehr der Irrsinn ob.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## Österreich

### 07) „Stalingraz“: Österreichs zweitgrößte Stadt wird künftig von Kommunisten regiert

27. 09. 2021



Haefler/Wikimedia (CC BY-SA 3.0)

In Österreichs zweitgrößter Stadt, Graz (knapp 300.000 Einwohner), gab es am Wahlsonntag ein politisches Erdbeben. Denn die Gemeinderatswahlen in der Landeshauptstadt der Steiermark gewannen die traditionell starken Kommunisten mit ihrer Partei KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs). Die regierende ÖVP wurde mit herben Verlusten auf den zweiten Platz verwiesen und muss nun das Bürgermeisteramt an die 59-jährige Kommunistin Elke Kahr abtreten. Die KPÖ kam fast auf 29 Prozent der Stimmen.  
**Graz droht links-linke Koalition**

Nun droht der Stadt eine ultralinke Koalition aus KPÖ, SPÖ und den Grünen (die ebenso stark zulegen), das signalisierten die Kommunisten bereits. Bisher regierte die ÖVP gemeinsam mit der FPÖ in einer Koalition. Letztere musste ebenfalls Verluste einstecken, mit Minus 5 Prozent jedoch weit weniger als die ÖVP.

Das Wahlprogramm der Kommunisten setzt seit Jahren auf leistbares Wohnen als Aufhänger nach Außen (neben der unbegrenzten Aufnahme illegaler Migranten, siehe Beitragsbild einer Pro-Flüchtlingsdemo). Zudem spenden die Mandatäre der Partei 2/3 ihres Gehaltes an Bedürftige und das schon seit dem Jahr 1998. Das dürfte den meisten Grazern genügt haben, um ihre Stimme nun einer kommunistischen Partei zu geben, deren Historie – ganz abgesehen vom Gedankengut – in Österreich mehr als umstritten ist.

## Kommunisten in Steiermark seit Jahrzehnten stark

Die Kommunisten in Österreich blicken auf eine lange und fragwürdige Vergangenheit zurück. In der Ersten Republik plante man noch eine bewaffnete und blutige Revolution in Österreich nach dem Vorbild der Bolschewiken in Russland und der Münchner Räterepublik, da man den Zwergstaat als überlebensunfähig ansah (auch ein Anschluss an Deutschland wurde gemeinsam mit den Sozialisten kurz befürwortet). Ausgangspunkt der Planungen damals vor allem die Steiermark, als traditionell stark von Arbeitern geprägtes Bundesland. Die Umsturzversuche, die Unterstützung von bewaffneten Arbeiteraufständen und eine antizipierte Angliederung an die Sowjetunion konnten letztlich verhindert werden, vor allem durch den heute vielfach gescholtenen Bundeskanzler des damaligen Ständestaates, Engelbert Dollfuß.

Auf Druck der Sowjetunion wurden die Kommunisten in Form der KPÖ jedoch nach dem zweiten Weltkrieg ein erzwungenermaßen fester Bestandteil der politischen Landschaft Österreichs. Und nicht nur das: sie verfügen seit dem über eines der größten Geldvermögen aller Parteien im Land. Nun scheinen sie, zumindest in Graz, am Ziel ihrer Bestrebungen. Wer weiß, wohin die Reise der Austro-Kommunisten noch geht, wenn es in anderen Bundesländern und bundesweit Wahlen zu schlagen gilt.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **08) Watschen für die ÖVP von Links & Rechts**

27. 09. 2021



Der historische Uhrturm von Graz. *Bild: flickr, (CC BY 2.0)*

Bei den Wahlen in Graz und Oberösterreich hat die Volkspartei links und rechts eine „Watsch'n“ bekommen, wie man dort umgangssprachlich zu sagen pflegt.

In Graz haben die Türkisen eine schallende Ohrfeige von Links bekommen: Ausgerechnet von den Kommunisten wurde die ÖVP in Österreichs zweitgrößter Stadt aus dem Rennen geworfen. Die KPÖ wurde mit rd. 29% bei der gestrigen Gemeinderatswahl stärkste Partei und wird nun erstmals eine Kommunistische Bürgermeisterin stellen. ÖVP's bisheriger Langzeit-Bürgermeister Siegfried Nagl hat nach 18 Jahren im Amt und der schweren Niederlage (- 12%) bereits seinen Rücktritt erklärt.

Als Partei der „kleinen Leute“ und diversen Linken positioniert, konnte die KPÖ, deren Funktionäre einen Teil ihres Einkommens an Bedürftige spenden, wohl besonders bei den vielen Grazer Studenten punkten.

In Oberösterreich konnte die ÖVP zwar ihren Spitzenplatz behalten, der Einzug der MFG-Impfskeptiker in den Landtag sollte ihr aber zu denken geben. Die Newcomer-Partei MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte) konnte aus dem Stand mehr als 6% der Stimmen holen.

Zwar ist die Backpfeife für die ÖVP in Oberösterreich von rechts weniger klatschend wie der linke Haken in der Steiermark, die fehlende Zustimmung zur Impf-Politik der Türkisen ist aber auch dort deutlich sichtbar: Die Plätze 2 (FPÖ) und 5 (MFG) gehen an die Gegner der Corona-Politik, die zusammen immerhin 26% der Stimmen erhielten und damit den klaren zweiten Platz belegen.

Auch die um 6% geringere Wahlbeteiligung von nur 76% (gegenüber 82% von 2015) zeigt eine gewisse Unzufriedenheit der Oberösterreicher, die aber wohl eher an die Bundespolitik gerichtet sein dürfte.

Mit der regionalen Arbeit der schwarz/türkis-blauen Koalition scheinen die Wähler des bevölkerungsmäßig drittgrößten Bundeslandes durchaus zufrieden zu sein, wie auch die Wählerstromanalyse zeigt. Damit dürfte einer weiteren Zusammenarbeit der oberösterreichischen ÖVP unter Landeshauptmann Thomas Stelzer und Manfred Haimbuchner (FPÖ-Landeshauptmann-Stv.) in OÖ nichts mehr im Wege stehen.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 09) In Wien gegen die Aufnahme von Afghanen – in Brüssel dafür

18. 09. 2021



Sebastian Kurz verstand es, vor seiner Kanzlerschaft den Österreichern das Gefühl zu vermitteln, er sei ein Patriot, der die Interessen der heimischen Bürger vertritt und keine Marionette übergeordneter Kräfte. Viele Wähler gingen den von einem ganzen Stab erfahrenerer Strategen aufgebauten jungen Strahlemann auf dem Leim und Kurz wurde zum Retter der ÖVP und Kanzler. Inzwischen ist es keine leichte Aufgabe für ihn und sein Team, einen Spagat zwischen Versprechungen im Inland und den Vorgaben internationaler Funktionsebenen zu vollziehen. In unserer neuen Serie wollen wir uns mit dem Mann beschäftigen, gegen den der Baron Münchhausen eine geradezu ehrliche Haut ist.

### Lügen habe Kurz(e) Beine | Teil 1

#### ÖVP stimmt im EU-Parlament für weitere Aufnahme von Afghanen

Während der ÖVP-Kanzler den Österreichern erklärt, er wolle keine Afghanen nach Österreich aufnehmen, stimmten seine Europaabgeordneten in einer Resolution dafür!

WIEN/BRÜSSEL – Als „doppeltes Spiel“ bezeichnete am Donnerstag (16.09) der freiheitliche Delegationsleiter im Europäischen Parlament, Harald Vilimsky, die Migrationspolitik der ÖVP. „Es ist immer dasselbe: Während ÖVP-Kanzler Kurz den Österreichern mit seiner angeblich harten Migrationspolitik Sand in die Augen streut, stimmten alle seine EU-Abgeordneten konträr zu diesen Aussagen“, kritisierte Vilimsky.

Demnach stimmten der in dieser Woche verabschiedeten EntschlieÙung zur Lage in Afghanistan alle Europaabgeordneten der ÖVP zu. Diese fordert unter anderem die Neuansiedlung von afghanischen Flüchtlingen, die Einführung eines Verteilungsmechanismus, die Ausstellung humanitärer Visa, den Stopp aller Rückführungen und die Neubewertung aller negativen Asylbescheide. So sollen laut der EntschlieÙung die Mitgliedsstaaten eine „koordinierte europäische Anstrengungen für eine humane Asylpolitik unternehmen, bei der die EU ihrer moralischen Verantwortung für Aufnahme und Integration gerecht wird“.

Für den FPÖ-Delegationsleiter ist dieser Wortlaut eine Anlehnung an die Migrationskrise im Jahr 2015:

*„Wir haben in den vergangenen Wochen unter anderem erlebt, dass bereits vorbestrafte Afghanen und solche, deren Asylanträge zuvor abgelehnt worden waren, den planlosen Evakuierungsprozess am Flughafen Kabul ausgenutzt und es geschafft haben, in die Mitgliedsstaaten zu gelangen“,* betonte Vilimsky.

Durch eine „Willkommenspolitik 2.0“, so wie es die EntschlieÙung fordert, werde sich die Lage dramatisch verschlechtern. „Für mich ist es daher nicht nachvollziehbar, wieso die ÖVP, die den Menschen vorgaukelt, eine harte Asylpolitik zu fahren, für solch eine EntschlieÙung stimmt“, so der freiheitliche EU-Abgeordnete.

Für Vilimsky steht weiterhin fest, dass die einzige konsequente Partei für eine harten Asyl- und Migrationspolitik die FPÖ ist. „Wir werden weiterhin unsere Linie treu bleiben und den Ansätzen einer ‚No-Way‘-Politik folgen“, betonte Vilimsky in einer [Aussendung](#).

Lesen Sie dazu auch unseren Artikel von heute: [EU-Parlament sieht in der Aufnahme von Afghanen eine „moralische Verantwortung“](#)

---

Hier noch ein älteres Video für unsere internationalen Leser zum bessern „Kennenlernen“ des jungen Kanzlers:

[https://www.youtube.com/watch?v=mrJx\\_4dX4vc](https://www.youtube.com/watch?v=mrJx_4dX4vc)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## Schweiz

### 10) Schweiz: SVP fordert eine grundlegende Neudefinition des Asylbegriffs

21. 09. 2021



Bildquelle: LesObs

Schweiz – Angesichts der drohenden Einwanderungswelle aus Afghanistan hat die SVP-Fraktion eine Dringlichkeitsdebatte über Asyl und Zuwanderung in der laufenden Herbstsession gefordert. Zur Vorbereitung dieser Debatte, die nächste Woche stattfinden wird, hat die (Schweizerische Volkspartei) SVP zwei dringliche Interpellationen eingereicht. Sie will insbesondere wissen, ob der Bundesrat bereit ist, das Schweizer Asylgesetz so zu ändern, dass es sich ausschliesslich auf Krisen in Nachbarländern konzentriert.

Die durch die Personenfreizügigkeit und das Asylwesen ausgelöste massive Zuwanderung geht ungebremst weiter. Besonders schockierend ist, dass das Schweizer Recht allgemeine und gruppierte Zulassungen vorsieht. Ablehnende Bescheide bedeuten nicht zwangsläufig, dass abgelehnte Asylbewerber die Schweiz verlassen müssen. Angesichts der bevorstehenden Welle von afghanischen Asylbewerbern fordert die SVP in der aktuellen Debatte Antworten auf Fragen zu Asyl und Zuwanderung. Zu diesem Zweck hat sie zwei Interpellationen eingereicht: 21.4002 „Paradigmenwechsel in der Asylpolitik aufgrund der bevorstehenden Migrationswelle aus Afghanistan“ und 21.4005 „Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat zur Umsetzung von Artikel 121a der Bundesverfassung?“

Artikel 121a der Bundesverfassung legt fest, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern selbständig steuert. Dieser Artikel, der seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative in der Verfassung verankert ist, ist bis heute nicht umgesetzt worden. Mit der Interpellation 21.4002 schlägt die SVP-Fraktion unter anderem vor, das geltende allgemeine Asylgesetz durch ein neues Gesetz für Krisensituationen in Nachbarländern zu ersetzen.

Quelle: [SVP/UDC](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER